

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Februar 2025

**Sozialistische
Tagträumer
stoppen**

Seite 7



**SP-Asylvorsteher
Jans gefährdet
unsere Sicherheit**

Seite 10



**JUSO will Familien-
unternehmen
plündern**

Seite 15



Freie Schweiz mit dem EU-Unterwerfungsvertrag beerdigen?



NIEMALS!

Instabile EU – stabile Schweiz

Hochverschuldet, die Wirtschaft am Boden, Regierungskrisen in Frankreich und Deutschland ... und der Bundesrat will die Schweiz dieser Krisen-EU ausliefern!

Die Schweizer EU-Turbos haben ein **neues Gaunerwort** erfunden: Sie nennen den EU-Unterwerfungsvertrag jetzt «Stabilisierungsabkommen». Was für ein Unsinn. **Gibt es etwas Instabileres als die EU?** Hochverschuldet, die Wirtschaft schrumpft, Frankreich und Deutschland purzeln von einer Regierungskrise zur nächsten.

Im Vergleich dazu ist die Schweiz eine Insel der Stabilität. Aber nach dem Willen der Mitte-Links-Parteien sollen wir uns dieser Krisen-EU ausliefern. Da fragt man sich: Haben die noch alle Tassen im Schrank?

2021 verabschiedet die EU das Klimaschutz-Gesetz, den sogenannten «Green Deal». **Ein Regulierungsmonster mit über 14'000 Seiten.** Eine bürokratische Würgeschlange für die Unternehmen. Die deutsche Automobil-Industrie muss bereits zehntausende Arbeitsplätze abbauen.

Wer hat diesen «Green Deal» 2021 durchgedrückt? EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Jetzt kommt die gleiche Ursula von der Leyen und verkündet das Ende des Green Deals: Man müsse die Wirtschaft entlasten. Erst wenn zehntausende Arbeitsplätze vernichtet sind, merken die Brüsseler Bürokraten, was sie angerichtet haben.

Diese Hauruck-Politik ist das Gegenteil von Stabilität.

Warum steht die Schweiz besser und stabiler da? Dank der direkten Demokratie. Bei uns hat das Volk das letzte Wort. Unser politisches System verhindert solche Hauruck-Übungen. In der EU entscheiden die Eliten im Hinterzimmer – ohne demokratische Kontrolle durch den Stimmbürger.

Aber der geplante EU-Unterwerfungsvertrag ist das Ende unserer direkten Demokratie: Die EU bestimmt die Schweizer Gesetze. Die EU drückt uns ihre Bürokratie auf. EU-Richter und EU-Bürokraten bestimmen – und nicht mehr wir Schweizerinnen und Schweizer.

An alle schweizmüden Parteien im Land: **Die SVP wird diesen EU-Unterwerfungsvertrag mit allen Mitteln bekämpfen!**

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Freiheit oder Brüssel?

NEIN

zum Angriff auf unsere Unabhängigkeit

Mit dem neuen Vertragspaket mit der EU gibt die Schweiz ihre Selbstbestimmung auf und schafft ihren Wohlstand ab. Der hochgelobte «bilaterale Weg» wird damit beendet.



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Vor Weihnachten verkündeten die mittlerweile zurückgetretene Bundespräsidentin Viola Amherd und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Ende der Verhandlungen zum Unterwerfungsvertrag. Statt Klartext zu reden, flüchteten sie sich in gegenseitiges Schulterklopfen und gespielte Harmonie. Zu den über 30 Gesetzen, welche die Schweiz sofort anpassen muss und den 150 EU-Richtlinien, die uns aufgezwungen werden, verloren sie kein Wort. Schon gar nicht zu all den EU-Erlassen der Zukunft, die wir auch noch übernehmen müssen.

Die beiden Präsidentinnen lieferten ein Schaulaufen. Sie signalisierten der verunsicherten Bevölkerung: «Keine Sorge, alles wird gut!» Aber solche Symbolpolitik kann das Offensichtliche nicht überdecken: In der überregulierten EU steigen nur die Schulden und die Preise. Weniger Geld im Portemonnaie, Migration und Terrorismus führen inzwischen zu Massentlassungen und Aufständen. Die Bürger lehnen sich an der Urne auf, ohne dass sie gehört werden. Stattdessen werden dem Volk Maulkörbe verpasst.

Ein verheerendes Mogelpaket

Mit dem Vertragspaket soll die Schweiz die ganze EU-Bürokratie blind über-

nehmen. Wenn die Schweiz die nachteiligen Gesetze nicht übernehmen will, verhängt die EU dafür Strafen gegen sie. Fremde Richter des Europäischen Gerichtshofs entscheiden. Das ist ein Kolonialvertrag. Währenddessen steigt die Zuwanderung, die Schutzklausel ist nichts Neues und zahnlos. Und für all das sollen wir noch Milliarden an die kriselnde EU bezahlen!

« In der überregulierten EU steigen nur die Schulden und die Preise. Weniger Geld im Portemonnaie, Migration und Terrorismus führen inzwischen zu Massentlassungen und Aufständen. »

Nein, wir wollen selber über unsere Zukunft bestimmen! Unsere Freiheit und unseren Wohlstand wollen wir behalten. **Die automatische Übernahme der Regulierungen der verlotterten EU lehnen wir klar ab!**

Dieser EU-Vertrag braucht zwingend die Zustimmung der Kantone



Es ist völlig klar: Mit dem geplanten EU-Abkommen werden die Kantone ihre Souveränität verlieren.



Von André Rüegsegger,
SVP-Regierungsrat,
Brunnen (SZ)

Das geplante EU-Abkommen hat weitreichende Auswirkungen auf die Schweiz – **insbesondere auch auf die Kantone**. Der Schwyzer Regierungsrat hat darum schon im Februar 2024 das Verhandlungsmandat mit der EU abgelehnt.

Dabei haben wir uns insbesondere gegen die dynamische Rechtsübernahme, den Streitbeilegungsmechanismus unter Beteiligung des Europäischen Gerichtshofs

und das System der Ausgleichsmassnahmen ausgesprochen.

Für mich ist klar, **dass die EU noch mehr Druck ausüben wird** auf die Kantonalbanken, die kantonalen Elektrizitätswerke, die kantonale Steuerhoheit, auf unser föderalistisches System insgesamt. Die Kantone werden ihre Souveränität verlieren.

Es stehen hohe Interessen der Schweiz auf dem Spiel: ihr Wesen, ihre Freiheiten, ihre Eigenständigkeit. Und damit ist letztlich auch jeder Einzelne von uns ganz wesentlich von diesen Verträgen betroffen.

Deshalb scheint nach gesundem Menschenverstand eigentlich klar, dass dieses

Vertragswerk zwingend dem Volk und den Kantonen (Ständemehr) zum Entscheid vorgelegt werden muss. Unser föderalistisches System beruht darauf, dass **grundlegende Fragen nicht nur durch das Gewicht der bevölkerungsreichen Kantone entschieden werden**, sondern die kleineren Kantone mit ihrer Ständestimme effektiv mitbestimmen können. Das macht die Schweiz aus!

Dass nun darüber diskutiert wird, ob dieses EU-Vertragswerk überhaupt als obligatorische Volksabstimmung vorgelegt wird, ist ein Affront gegenüber unserer Demokratie. **Wenn diese Verträge für die Schweiz doch so gut sein sollen, warum hat man denn Angst, Volk und Stände darüber abstimmen zu lassen?**

EU-Regeln verhindern Wohlstand

Mit dem neuen EU-Vertrag müssten wir EU-Recht übernehmen, uns fremden Richtern unterwerfen und dafür noch Milliarden Franken bezahlen. Deshalb ist dieser Unterwerfungsvertrag in jeder Hinsicht ein Verlust-Geschäft für unser Land.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Mit dem neuen, vom Bundesrat ausgehandelten EU-Anbindungsvertrag müsste die Schweiz EU-Recht übernehmen, und zwar in allen Bereichen, die den europäischen Binnenmarkt betreffen. Andernfalls darf uns Brüssel mit Strafmassnahmen büssen. Die EU würde anstelle von Volk und Ständen zum Gesetzgeber. Bei Streitfällen entschiede in letzter Instanz das EU-Gericht – das Gericht der Gegenpartei. Wir müssten obendrein der EU jedes Jahr 350 Millionen Franken Kohäsionszahlungen leisten.

Dabei kann die EU für etwa 20 Milliarden Franken mehr in die Schweiz exportieren als umgekehrt. Genau genommen müsste man die Kohäsionsmilliarden Entwicklungshilfe nennen. Aber dann stellt sich die Frage: Wollen wir automatisch das Recht von einem Haufen Entwicklungsländer übernehmen?

Das Gewerbe und die KMU wären gezwungen, **eine unvorstellbare EU-Bürokratie** zu übernehmen. «Kompass Europa» rechnet mit 7'985 Gesetzen zu Schweiz-relevanten Themen, die wir übernehmen müssten. Heute betragen die Kosten für die Schweizer Wirtschaft aufgrund von Handelshemmnissen jährlich etwa 500 Millionen Franken. **Mit dem Rahmenvertrag kämen wir auf Kosten von 10 Milliarden Franken, also 172'000 Franken pro Firma oder 2600 pro Haushalt.**

SP-Bundesrat Beat Jans hat an der Albisgütli-Tagung gesagt: «Wir sind schon drin im Binnenmarkt.» Das erweckt den Eindruck, die Schweiz sei Mitglied des EU-Binnenmarktes. Dann müsste sie selbstverständlich das entsprechende Recht übernehmen. **Das ist sie aber nicht!** Unser Land hat **lediglich Zugang** zum EU-Binnenmarkt. Und umgekehrt.

Die weltoffene Schweiz hat 33 Freihandelsabkommen mit 44 Partnern abgeschlossen. Bei all diesen Ländern haben wir Zugang zu ihrem entsprechenden Binnenmarkt – ganz ohne deren Recht übernehmen zu müssen und ohne, dass wir dafür Milliarden bezahlen müssen. Der Wohlstand der unabhängigen Schweiz ist nicht zufällig grösser als derjenige der EU-Staaten. Um unseren Wohlstand zu erhalten, brauchen wir nicht gleich lange Spiesse wie die EU. Wir brauchen längere Spiesse.

NEIN zur Preisexplosion



Eidg. Abstimmung
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

NEIN!



Stoppen wir die sozialistischen Tagträumer, Schulschwänzer und Klimakleber!

Die links-grüne Umweltverantwortungs-Initiative führt zu einer Öko-Diktatur und zerstört unseren Wohlstand.



Von Manuel Strupler,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Am 9. Februar müssen wir über die sogenannte «Umweltverantwortungs-Initiative» abstimmen.

Ich kann es vorwegnehmen: Es geht hier nicht um Verantwortung, sondern es wäre im Gegenteil total verantwortungslos, dieser Initiative zuzustimmen! Die Initiative will, dass der durch Konsum verursachte Ressourcenverbrauch **innerhalb von zehn Jahren um rund 67 % reduziert wird.**

Die genannten Ziele würden alle in der Schweiz massiv betreffen: Mieter, Eigentümer, das Gewerbe, die Landwirtschaft, die Autofahrer. Es würde aber auch **drastische Einschränkungen** geben, etwa bei der Ernährung, bei den Ferien oder bei Alltagsartikeln wie Kleidern.

Überall müssten massive Abstriche gemacht werden. Die Preise würden explodieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze würden ins Ausland verlagert werden. **Der Staat würde uns in zahlreichen Bereichen noch mehr bevormunden und mit Verboten plagen.**

Diese radikale Initiative würde unseren **Wohlstand zerstören** und die guten Steuerzahler vertreiben. Zurück blieben ein verarmter Mittelstand und ein Kontrollstaat nach sozialistischem Vorbild. Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass die verwöhnte Klimaju-



gend keine konkreten Massnahmen zur Umsetzung definiert hat, denn diese wären total utopisch und sogar für die eigene Basis befremdend.

Dass 61 links-grüne Parlamentarier dieser **komplett weltfremden Verarmungs-Initiative** zugestimmt haben, zeigt, wie

ideologisch verblendet einige Politiker eingestellt sind.

Mit dem Nein zücken wir auch die **rote Karte gegenüber der verwöhnten Klima-Jugend**. Sie soll mal mitanpacken, statt nur Forderungen zu stellen und danach in die Ferien zu fliegen.

Wir wollen eine unabhängige und erf **NEIN** zum EU-Unterwerfungsvertrag!

Der Bundesrat und die anderen Parteien wollen die Schweiz der Krisen-EU ausliefern. Alt Bundesrat Christoph Blocher rief die Delegierten der SVP Schweiz in Balsthal (SO) zum Kampf gegen den Kolonialvertrag auf.

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 25. Januar 2025 in Balsthal (SO) stand der drohende Unterwerfungsvertrag mit der EU.

Was steckt im Lügenpaket der EU?

«Unsere Freiheit ist in Gefahr. Die schweizmüden Parteien wollen unser Land in die EU treiben», sagte Parteipräsident Marcel Dettling vor rund 500 Delegierten und Gästen. «Vor Weihnachten wurde uns ein vergiftetes EU-Paket angeliefert – schön verpackt, denn die schweizmüden Politiker wollen die Bürgerinnen und Bürger täuschen», so Dettling und zeigte den wahren Inhalt des EU-Lügenpakets:

Maulkorb: Man will uns Schweizerinnen und Schweizern mundtot machen.

Gesslerhut: Künftig sollen fremde EU-Vögte und EU-Richter über uns entscheiden.

Peitsche: Wenn die Schweiz nicht paariert, dann darf die EU uns bestrafen.

EU-Pässe: Das geplante EU-Abkommen heizt die Zuwanderung weiter an.

Einzahlungsschein: Die Schweiz hat nichts mehr zu sagen und muss dafür noch Milliarden Franken nach Brüssel zahlen.

«Wir treten ein weiteres Mal gegen Lügner an»

Für alt Bundesrat Christoph Blocher, der die Schweiz 1992 vor dem EU-Beitritt bewahrt hat, ist der Fall klar: **Auch das neue Abkommen ist in Wahrheit ein Kolonialvertrag.** «Wer jetzt noch immer vom <bilateralen Weg> oder von <Bilateralen III> schwafelt, benutzt **Gaunerworte!**» Christoph Blocher rief die Delegierten zum Kampf auf: «Wir treten ein weiteres Mal gegen Lügner an. Widerstand, nicht Anpassung ist gefragt!»

Alt Nationalrat Roger Köppel bezeichnete den 20. Dezember 2024 als «Tag der Schande für die Schweiz». EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

und Bundespräsidentin Viola Amherd hätten getan, als ob der EU-Vertrag beschlossene Sache wäre.

«Das zeigt Null Respekt vor uns Schweizerinnen und Schweizern und vor unserer direkten Demokratie.»



Erfolgreiche Schweiz:



Sehen Sie hier die DV-Referate



Wir wollen keine Zustände wie in Schweden, Belgien und Deutschland!

Die Gefahr islamistischer Terroranschläge steigt und steigt: Bundesanwalt Blättler bestätigt, was die SVP schon seit Jahren prophezeit. Kriminelle Clans und mafiose Strukturen breiten sich aus. Es drohen Zustände wie in Schweden, Belgien und Deutschland.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Wenn selbst der Bundesanwalt warnt, ist das ein Alarmzeichen. Doch statt das wahre Problem zu benennen, fordert er mehr Personal. Natürlich braucht es genügend Polizisten und Staatsanwälte. Aber es reicht nicht, an den Symptomen herumzudoktern, wir müssen die Ursachen bekämpfen: die unkontrollierte Asylumigration – sie schwemmt Islamisten, Gefährder und Kriminelle ins Land.

In nur einem Jahr ist die Kriminalität in der Schweiz um 14 % gestiegen. Jede

vierte Straftat geht auf das Konto von Asylumigranten, Illegalen und Kriminaltouristen. Doch der Bundesrat weigert sich, die Grenzen zu kontrollieren. Und die Justiz lässt zu, dass viel zu viele Kriminelle (60 % der obligatorischen Ausschaffungsfälle) im Land bleiben dürfen. Das persönliche Wohl von Verbrechern wird über das Gesamtwohl gestellt – und der Volkswille mit Füßen getreten.

Wir stehen vor dem Scherbenhaufen der fehlgeleiteten Willkommens-Asylpolitik von Mitte-Links. Die innere Sicherheit unseres Landes ist in Gefahr. Es ist eine Minute vor Zwölf. Schluss mit Schönreden! Schluss mit naiver Toleranz! Wer die rosarote Brille jetzt nicht ablegt, macht sich mitschuldig: Das gilt vor allem für jene Politiker, die die Lösungsvorschläge der SVP stets ablehnen.

Pflasterli-Politik hilft jetzt nicht mehr: Es braucht eine Kehrtwende! Die Interessen unserer eigenen Bevölkerung müssen ins Zentrum gestellt werden – und nicht die aller anderen. Grenzen sind konsequent zu schützen. Die Asylumigration aus nicht-europäischen Ländern muss drastisch reduziert werden. Kriminelle Ausländer, Abgewiesene, Illegale und Nicht-Integrierbare müssen das Land verlassen. Wer sich als Gast nicht an unsere Regeln hält, hat hier nichts verloren.

Wir werden nicht lockerlassen, die Missstände beim Namen zu nennen und Veränderungen zu fordern. Wir wollen keine Zustände wie in Stockholm, Berlin und Paris! **Unterschreiben Sie noch heute die Grenzschutz-Initiative – sie bringt die nötige Wende!**

grenzschutzinitiative.ch



Asylmissbrauch stoppen!

**Grenzschutz-Initiative
jetzt unterschreiben!**

Freiheit und Unabhängigkeit machen den Sonderfall Schweiz aus

Der Auftrag heisst Landesverteidigung

Der Bund befindet sich finanzpolitisch im Dauerregen und die aufziehenden Wolken werden immer dunkler. Die verantwortungslose Ausgabenpolitik von Mitte-Links gefährdet die finanzpolitische Stabilität. Armee und Landwirtschaft wurden hingegen während Jahrzehnten totgespart.



Von Michael Götte,
Nationalrat,
Tübach (SG)

Der verfassungsmässige Auftrag der Schweizer Armee ist glasklar. Dieser ist in Artikel 58 der Bundesverfassung festgeschrieben. Die beiden zentralen Aufgaben der Armee sind die Landesverteidigung und die Unterstützung der Behörden. Trotz dieser klaren verfassungsrechtlichen Ausgangslage wurde die Verteidigungsfähigkeit in den vergangenen Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Heute können wir nur noch einen Drittel unserer Bodentruppen für die Verteidigung ausrüsten. Das reicht bei weitem nicht, um im Verteidigungsfall gegen einen modernen Gegner zu bestehen. Der Zustand der Schweizer Armee ist verfassungswidrig.

«**Das Zusammenspiel von Armee und Neutralität sichert uns ein Leben in Frieden und Sicherheit. Nicht ein woker Zeitgeist, sondern der Wille zur Freiheit und Unabhängigkeit macht den Sonderfall Schweiz aus.**»

Beschaffung überprüfen

Die Schweizer Armee benötigt deutlich mehr finanzielle Mittel. Bei der Beschaffung neuer Waffensysteme geht es jedoch nicht «nur» um Geld. Nicht we-



niger wichtig ist der Faktor Zeit. Wir müssen uns von Maximalforderungen und einem unendlichen «Swiss Finish» verabschieden. Die Zeit und das Geld für Experimente fehlen. Weitere Beschaffungsdebakel können wir uns nicht leisten. Die Organisation des VBS und die Prozesse des Bundesamtes für Rüstung armasuisse gehören auf den Prüfstand. Anders als bei Bundesrätin Amherd muss der Fokus auf die innere und äussere Sicherheit und nicht auf Genderfragen gelegt werden.

Immerwährende Neutralität

Das zweite entscheidende Element einer glaubwürdigen Landesverteidigung ist die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität. Dazu ist jetzt zurückzukehren. Neutralität bedeutet Nichtteilnahme an militärischen und politischen Bündnissen. Ohne Wenn und Aber. Das Zusammenspiel von Armee und Neutralität sichert uns ein Leben in Frieden und Sicherheit. Nicht ein woker Zeitgeist, sondern der Wille zur Freiheit und Unabhängigkeit macht den Sonderfall Schweiz aus.

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

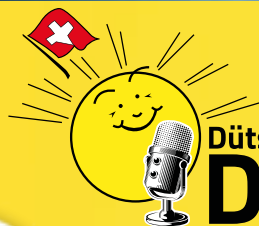
Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



Gender-Gaga, Trump und Asylkriminalität

NEUE
FOLGE
svp.ch/ddd



Dütsch. Dütlich.
DETLING!

Was läuft schief in der Schweizer Politik?
Dütsch. Dütlich. DETTLING! - redet Klartext!



Ideologische Energiepolitik als akute Gefahr für unsere Wirtschaft



Die ideologische links-grüne Energiepolitik gefährdet die Versorgungssicherheit, treibt die Strompreise in die Höhe und schwächt unsere Wirtschaft. Nur mit einem technologieoffenen Ansatz können wir eine bezahlbare und nachhaltige Energiezukunft sichern.



Von Mike Egger,
Nationalrat,
Berneck (SG)

Die links-grüne Energiepolitik hat die Schweiz in eine Sackgasse geführt. Die Utopie, alles auf erneuerbare Energien umzustellen gefährdet die Versorgungssicherheit und belastet Unternehmen sowie Privathaushalte mit hohen Strompreisen.

Strom ist das Lebenselixier unserer Wirtschaft. Doch die Preise sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Unternehmen sehen sich gezwungen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, wo die Energiekosten günstiger und stabiler sind. Auch die Bürgerinnen und Bürger leiden unter der finanziellen Last und der Werkplatz Schweiz kommt auf-

grund immer schlechterer Rahmenbedingungen zunehmend unter Druck.

Zeit für eine vernünftige Energiepolitik

Die Lösung liegt auf der Hand: Ausbau der Wasserkraft, Biogas und PV-Anlagen sowie neue Kernkraftwerke, beziehungsweise der Ersatz bestehender Kernkraftwerke nach Ablauf ihrer Laufzeit. Kernenergie ist nicht nur effizient und zuverlässig, sondern auch eine klimaschonende Alternative. Sie deckt die Grundlast und reduziert die Abhängigkeit vom Flatterstrom aus Wind und Sonne. Zudem

gewährleisten neue Technologien und kleinere Reaktoren die Sicherheit und Flexibilität der Kernkraft.

Es ist Zeit für eine pragmatische Energiepolitik. Ideologische Schranken und Denkverbote sind zu überwinden. Ohne eine Kurskorrektur mit Offenheit für alle Technologien riskieren wir den wirtschaftlichen Niedergang – ein Blick über die Grenze nach Deutschland zeigt, was uns erwartet, wenn wir den links-grünen Irrweg nicht verlassen.

Wir müssen jetzt handeln: Schluss mit unrealistischen Ideologien. Wir brauchen eine nachhaltige und bezahlbare Energiestrategie. Dazu gehören auch neue Kernkraftwerke als Schlüsselement für eine gesicherte Energieversorgung.

« Wir brauchen eine nachhaltige und bezahlbare Energiestrategie. Dazu gehören auch neue Kernkraftwerke als Schlüsselement für eine gesicherte Energieversorgung. »

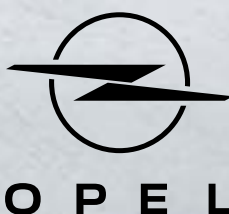
DER NEUE

OPEL GRANDLAND

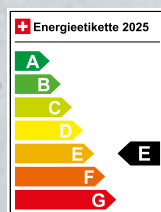
#GOGRAND

AB **CHF 38 770.-** ODER AB CHF 379.-/MT.

- // Erhältlich in drei Antriebsvarianten:
Benzin-Hybrid, Plug-in Hybrid oder Elektro
- // Designt und gebaut in Deutschland
- // Bis zu 585l Ladevolumen



ENERGIZE
YOUR LIFE 



Jetzt bei deinem Opel Partner live erleben.

Beispiel: New Grandland Edition, 1.2 Direct Injection Turbo Hybrid 48V mit elektrischem 6-Gang-Doppelkupplungsgetriebe (eDCT), 100 kW (136 PS). Barkaufpreis: CHF 37 770.- (Fahrzeugwert: CHF 38 770.- abzüglich CHF 1000.- Cash Prämie). Verbrauch 5,1-5,8 l/100 km, CO₂-Emission 122-143 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: D-E. **Leasingbeispiel:** Laufzeit: 36 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, Jahreszins nominal 2,99%, effektiv 3,08%. Sonderzahlung: CHF 7310.-, Leasingrate pro Monat inkl. MwSt.: CHF 379.-, Rücknahmewert: CHF 19 734.-. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenausfall-Versicherung Secure4you+. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch Santander Consumer Finance Schweiz AG, Schlieren. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt.

JUSO-Enteignungsinitiative: Plünderung unserer Familienunternehmen!

Die neue Erbschaftssteuer-Initiative der JUSO ist Sozialismus pur! Sie setzt auf eine massive Umverteilung und Zentralisierung. Wir haben die Erbschaftssteuer fast überall abgeschafft und schon einmal auf eidgenössischer Ebene an der Urne abgelehnt. Nun wollen die Jungsozialisten mit der Brechstange nochmals ansetzen – und damit unsere Wirtschaft zerstören.



Von Sandra Sollberger,
Nationalrätin und
Unternehmerin,
Liestal (BL)

Ideologieblind merken die Juso nicht, dass ihre Erbschaftssteuer-Initiative das Gegenteil von dem bringt, was sie sich wünschen. Denn es käme zu gravierenden Steuerausfällen und kaum zu mehr Staatseinnahmen. Das Geld würde ins Ausland verlagert und wir in der Schweiz hätten nichts mehr davon. Die Initiative führt zu sehr viel Unsicherheit und dämpft unsere Wirtschaft. Eine Rückwirkungsklausel sorgt zudem auch für juristische Turbulenzen, bis zur Frage, ob die Initiative überhaupt umsetzbar ist. Die Standortattraktivität der Schweiz für Unternehmer wird

auf jeden Fall beschädigt. Wir gleichen uns damit immer mehr dem Ausland an, nach unten!

Juso-Initiative zerstört Wirtschaft und Wohlstand

Am meisten stört mich aber, dass eine solche Erbschaftssteuer unsere wertvollen und erfolgreichen Familienunternehmen in der Schweiz zerstören

würde. Nachfolgeplanungen würden verunmöglicht. Firmenverkäufe wären oft noch die einzige Option. Wollen wir wirklich die vielen traditionellen Schweizer Familienunternehmen, die hier investieren, Arbeitsplätze schaffen, Innovationen vorantreiben und auch soziale Verantwortung übernehmen aus unserem Land vertreiben? Wollen wir denen das Leben schwer machen, die sowieso schon viel Steuern bezahlen und zu unserem Wohlstand massgeblich beitragen?

Ich sage, das darf nicht sein! **Wir müssen diesen ideologischen Utopien der Jungsozialisten eine Abfuhr erteilen.** Deshalb werde ich mich im Parlament und im Abstimmungskampf 2026 mit allen Mitteln gegen diese neue Erbschaftssteuer einsetzen.



JUSO-Diebe stoppen!

Kompass Initiative



Jetzt unterstützen und unterschreiben!
für eine direkt-demokratische und wettbewerbsfähige
Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft!

Die direkte Demokratie ist unter Druck. Der Bundesrat steht in Verhandlungen mit der EU, die darauf hinauslaufen, dass die Schweiz dynamisch EU-Recht übernehmen muss. Die direkte Demokratie wird ausgehöhlt, und die Schweiz wird zu einem EU-Passivmitglied. Die Kompass-Initiative will das verhindern.

Mit der Kompass-Initiative wird das obligatorische Referendum bei völkerrechtlichen Verträgen eingeführt.

Verhindern Sie mit uns eine versteckte EU-Passivmitgliedschaft und sorgen Sie dafür, dass...

- unsere direkte Demokratie erhalten bleibt.
- ausschliesslich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie das Parlament die Gesetze in unserem Land erlassen.
- die Schweiz auch in Zukunft souverän, wettbewerbsfähig und erfolgreich ist!



**Jetzt Unterschriftenbogen
bestellen und mehr erfahren:
kompass-initiative.ch**

